

# Der Kieler Skandal bei RTL und ZDF



Am Donnerstagabend wurde in den Hauptnachrichten von RTL und ZDF der Kieler Skandal über die Bevorzugung krimineller „Flüchtlinge“ in Schleswig-Holstein (PI berichtete) aufgegriffen und unterschiedlich dargestellt. Die Meldungen in beiden Sendungen sind komplett transkribiert und anschließend kommentiert.

*(Von Sarah Goldmann)*

RTL-aktuell vom 28.1., 18.45 Uhr:

*Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich, doch dieses RTL vorliegende interne Papier erweckt den Anschein, die Kieler Polizei habe bei Flüchtlingen Ausnahmen gemacht. Dem widerspricht die Behörde am Nachmittag vehement:*

*[Thomas Bauchrowitz, Polizeichef Kiel]*

*„Wer also den Eindruck erweckt, es seien Straftaten, die*

*passiert sind, durch Polizei nicht weiter verfolgt worden oder sogar gar nicht betrieben worden, das Strafverfahren, der schürt hier aus meiner Sicht eine gefährliche Emotion.“*

*Es gibt aber seit Oktober diese Anweisung: Flüchtlinge die bei Kleinstdelikten wie Ladendiebstahl erwischt werden und keine Papiere haben, sollen nicht erkennungsdienstlich behandelt werden. Bei Ersttätern werden Gerichtsverfahren wegen solcher Bagatelldelikte fast immer eingestellt. Da sei der Aufwand, zum Beispiel über die Behörden der Herkunftsländer herauszufinden, wer der Tatverdächtige ohne Papiere ist, zu groß.*

*[Bodo Pfalzgraf, Vors. Deutsche Polizeigewerkschaft Berlin]*

*„Für den Rechtsstaat ist das ein großer Skandal, das ist ein Zeichen von Überforderung in allen Bereichen. Da ist nicht nur die Polizei überfordert, da ist natürlich auch die Verwaltung überfordert. Wir haben ja 20, 30, 40 verschiedene Arten von Dokumenten, mit denen sich Menschen ausweisen.“*

*Damit ist die Polizei offenbar überlastet. Auch bei deutschen Verdächtigen werde übrigens geprüft, wann sich der Aufwand intensiver Ermittlungen lohnt, betont heute das Kieler Innenministerium.*

*[Manuela Söller-Winkler, Innenministerium Kiel]*

*„In diesem Sinne hat aus meiner Sicht die Polizei sich völlig einwandfrei verhalten. Es war eine Absprache, die ordnungsgemäß war.“*

*Trotzdem hat die schleswig-holsteinische Generalstaatsanwaltschaft inzwischen entschieden, das zwischen Kieler Staatsanwaltschaft und Polizei vereinbarte Vorgehen wieder aufzuheben.*

**Der Sachverhalt ist nachvollziehbar dargestellt. Es wird deutlich, dass sich Staatsorgane (Polizei und**

Staatsanwaltschaft) zum Rechtsbruch verabredet haben. Eine offensichtlich aus dem Papier stammende Begründung oder Relativierung (Wiedergabe in indirekter Rede) wird ebenfalls mitgeliefert:

Bei Ersttätern würden Gerichtsverfahren wegen solcher Bagatelldelikte fast immer eingestellt. Diese Begründung suggeriert eine Gleichbehandlung deutscher Ladendiebe, die also ebenfalls nicht bestraft würden.

Doch handelt es sich hierbei um eine Nebelkerze der Staatsorgane, die die Gleichheit der Deutschen gegenüber den Flüchtlingen nur vortäuscht. Denn: Indem der Flüchtling niemals erfasst wird, bleibt er auch ewig Ersttäter und hat einen permanenten Freifahrtsschein zum Klauen, während beim (erfassten) Deutschen zwar das erste Verfahren eingestellt werden mag, er aber aktenkundig ist und beim zweiten Male mit harten Konsequenzen rechnen muss.

Die Verteidigung der Verantwortlichen (Söllner-Winkler, Innenministerium) besteht denkbar einfach darin zu sagen, dass das alles ,ordnungsgemäß' war. Und deswegen nicht falsch. Warum sich die Generalstaatsanwaltschaft „trotzdem“ entschieden hat, diesen ,ordnungsgemäßen Rechtsbruch' wieder einzustellen, wird nicht berichtet.

Inhaltlich noch ärmer verteidigt der Polizeichef von Kiel den von ihm mit zu verantwortenden Rechtsbruch. Seiner Meinung nach sollte man ihn und die Staatsanwaltschaft nicht kritisieren, denn derjenige, der einen Eindruck von der Wahrheit gebe, „schüre“ eine „gefährliche Emotion“.

ZDF heute-Nachrichten vom 28.1., 19.00 Uhr, ab 6:47 min:

*In Kiel gibt es Wirbel um eine Leitlinie bei der Polizei. Bei Bagatelldelikten, etwa einfachem Ladendiebstahl, müsste bei Flüchtlingen die Identität nicht zwangsläufig festgestellt werden, heißt es darin. Und zwar dann, wenn sie keine Ausweispapiere haben oder nirgendwo registriert sind.*

*Die umstrittene Anordnung ist heute zurückgezogen worden. Innenminister Studt, SPD, wies Vorwürfe zurück, die Polizei würde bei einfachen Straftaten nicht gegen Flüchtlinge ermitteln. In jedem Einzelfall sei Strafanzeige erstattet worden.*

Insgesamt ist die Aufmerksamkeit, die das ZDF dem Skandal beimisst, wesentlich geringer als bei der privaten Konkurrenz, der Umfang beträgt etwa ein Drittel. Wahrscheinlich würden Absprachen zwischen Staatsanwaltschaft und der Polizei zur Unterstützung illegaler Flüchtlinge aufmerksamer behandelt, wenn die AfD in der entsprechenden Landesregierung säße. Tut sie aber nicht, es handelt sich um eine Landesregierung von Grünen, SSW und SPD. Und die scheint, wie man beim SWR sah, ein inoffizielles Weisungsrecht gegenüber dem Staatsfernsehen zu haben.

Entsprechend unkritisch ist die Darstellung des ZDF. Es wird indirekt bestätigt, dass es die Anweisung gab, da sie ja zurückgezogen wurde. Gleichzeitig zitiert das ZDF den verantwortlichen Innenminister, dass ‚in jedem Falle ermittelt wurde‘. Dies würde aber dann bedeuten, dass die Polizei entgegen der Anweisung von Stefan Studt und Staatsanwaltschaft gehandelt hätte und gegen deren Willen ermittelte.

Die Existenz der Anordnung bleibt dadurch allerdings unberührt und sie wird auch nicht weniger skandalös, wenn Polizisten gemäß dem Legalitäts-Prinzip ermittelten und eine Aufforderung zum Rechtsbruch ignorierten.

Wahrscheinlicher ist aber wohl, dass es sich um eine Schutzbehauptung des Ministers handelt (und im Grunde dann: um eine Lüge). Und dass die Polizisten, aus Angst um ihren Job, dem obersten Dienstherrn gehorchten und eben nicht ermittelten.

Dies könnte man als Journalist sehr einfach hinterfragen, aber bei der obrigkeitsstaatlichen Orientierung von ZDF-Hasenfüßen

darf man so etwas nicht erwarten. ‚Alles in Ordnung‘, wie es die Sprecherin sagte oder ein einfaches Abstreiten des SPD-Innenministers reichen da völlig aus, um die Kleber an den hoch dotierten Posten vom ZDF ruhigzustellen.